

Angesichts von 5,4 Billionen Euro Vermögen im Besitz von wenigen Personen in Deutschland muss man nicht einmal auf die Wiedereinführung der Vermögenssteuer abzielen. Zwar würde ein Prozent Vermögensteuer auf große Vermögen allein 16 Mrd. Euro in die Staatskasse spülen - für Kindergärten, Schulen, Wissenschaft und Forschung. Auch die Erhöhung des Regelsatzes für ALG II ließe sich spielend finanzieren.

Doch schon bei der derzeitigen Reform der Erbschaftsteuer könnte die Bundesregierung zeigen, dass sie das Gemeinwohl vor die Interessen einiger weniger Reiche stellt.

Erb dich reich!

Die Große Koalition macht sich aber Sorgen, dass Firmen- und Vermögenserben verarmen. 4 Mrd. Euro aus der Erbschaftssteuer - und keinen Cent mehr-, ist deshalb die Vorgabe von Schwarz/Rot. 4 Mrd. Euro, das sind ganze 0,8 Prozent des gesamten Steueraufkommens.

Der Freistaat Bayern könnte rund 1 Mrd. Euro pro Jahr mehr in öffentliche Aufgaben investieren, würde man darauf verzichten, reiche Erben durch noch höhere Freibeträge zu beschenken. Aber um Gerechtigkeit geht es bei der Reform nicht.

Worum es geht, hat einer der reichsten Männer der Welt, der Milliardär Warren Buffet illustriert. Der hat unlängst von der US-Regierung höhere Steuern auf Erbschaften gefordert. Von höheren Freibeträgen würden nur Reiche wie er selbst profitieren.

5.400.000.000.000 Euro

5,4 Billionen Euro beträgt das Netto-Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland. Das ergab eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vor wenigen Wochen. Auf Basis der Daten von 2002 hat das DIW die Vermögenssituation in unserem Land berechnet. 5,4 Billionen Euro! Doch wer denkt, wir sind ein vermögendes Land, der irrt! Denn reich ist nur ein geringer Teil der Bevölkerung, auch das hat die Studie ergeben. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ab 17 Jahren verfügt über kein oder ein nur sehr geringes Vermögen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung hingegen besitzt annähernd 60 Prozent des privaten Vermögens.

Die nackten Zahlen:

- jeder der reichsten 10 Prozent der Deutschen hat ein Vermögen von mindestens 207.000 Euro.
- knapp 30 Prozent der Bevölkerung verfügt über kein Vermögen.
- rund 800.000 Superreiche, vereinen allein 20 Prozent des Immobilien-, Sach- und Geldvermögens auf sich.
- 70 Prozent der Bevölkerung bringt es hingegen zusammen auf gerade einmal 10 Prozent der Vermögenswerte.

Die Vermögen kumulieren, Löhne erodieren

Das Vermögen in unserem Land ist extrem ungerecht verteilt, konstatieren die Forscher. Es ist allerdings nicht nur ungerecht verteilt,

die wenigen, die ein hohes Vermögen besitzen, konnten in den letzten Jahren auch noch satte Zuwächse verbuchen. Der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am gesamten Volkseinkommen ist von 1996 bis 2006 um knapp 4 Prozentpunkte auf 33,8 Prozentpunkte gestiegen. Die sogenannte Lohn-Kaufkraft befindet sich im Gegenzug auf historischem Tiefststand. Der Anteil der Löhne, also der Einkommensquelle aus der die Mehrzahl der Bevölkerung ihren Unterhalt bestreitet, liegt nur noch bei 38,8 Prozent (2006=40,5 Prozent, 1991=48 Prozent, 1960 = 56 Prozent).

Wenigen immer mehr, vielen immer weniger, das ist die verheerende Umverteilungsbilanz der vergangenen Jahre.

Betroffenheitsrituale

Groß ist die Betroffenheit in Politik und Öffentlichkeit, wenn die Kehrseite des Reichtums bekannt wird:

- der Anteil der Privathaushalte, die als arm gelten ist zwischen 1999 und 2005

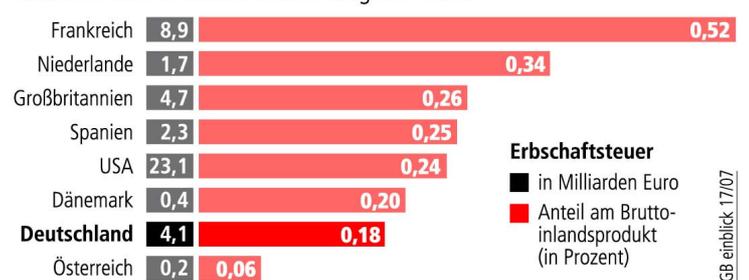
von 12 auf 19 Prozent gestiegen

- immer mehr Menschen sind überschuldet: die Verbraucherinsolvenzen sind in der ersten Hälfte 2007 um 19,8% gestiegen
- die Zahl der Kinder, die vom Arbeitslosengeld II leben müssen, hat mit 1,928 Millionen (März 2007) einen Höchststand erreicht
- die Zahl älterer Menschen, die aufgrund geringer Renten auf Sozialhilfe angewiesen sind, steigt rasant. Allein in Bayern zwischen 2004 (70.208) und 2005 (79.613) um 12 Prozent.

Groß ist aber auch die politische Handlungsunfähigkeit, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Beispiel gefällig? Nur 15 Prozent der Einkommensmillionäre werden vom Fiskus geprüft, wie der Bundesrechnungshof kritisiert. Erhebliche Steuerausfälle werden in Kauf genommen. Jede der wenigen Sonderprüfungen hat Mehreinnahmen von durchschnittlich 135 000 Euro ergeben.

Deutschland – eine Oase der Erbschaftbesteuerung

Erbschaftsteuer im internationalen Vergleich 2005



Quelle: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik des DGB (Ausgabe 3/2007)

© DGB eimblick 17/07